

## Land muss für Beitragsausfälle von Zweckverband zahlen

Weimar (dpa/th) -

Der Freistaat muss nach einem Gerichtsurteil dem Abwasserzweckverband Bode-Wipper die Kosten für die Aussetzung von Beiträgen erstatten. Das Verwaltungsgericht Weimar erkannte dem Zweckverband aus Bleicherode in Nordthüringen einen Anspruch auf knapp 93 000 Euro nebst Zinsen zu, teilte das Gericht am Donnerstag mit. Die Thüringer CDU hatte im Wahlkampf 2004 eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes angekündigt. Die Wasser- und Abwasserverbände sollten auf Bitte des Landes bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes auf die Erhebung von Beiträgen verzichten. Die Zinsausfälle während dieses Beitragsmoratoriums sollten ihnen ersetzt werden.

Der Freistaat hatte dem Zweckverband Bode-Wipper nach Darstellung des Gerichts nur einen geringfügigen Teilbetrag der geltend gemachten Zinsausfälle gezahlt. Für die Erstattung weiterer Kosten habe das Land keine Notwendigkeit gesehen, da die Bitte der CDU-Regierung um ein Beitragsmoratorium rechtlich unverbindlich gewesen sei. Die Ankündigung, bestimmte finanzielle Ausfälle ausglei-

chen zu wollen, sei zu unbestimmt, um daraus Subventionsansprüche ableiten zu können.

Die 7. Kammer des Gerichts widersprach dieser Auffassung des Freistaates.

Das Land habe ein Interesse daran gehabt, dass sich möglichst alle dem Beitragsmoratorium anschließen, argumentierten die Richter. Damit die Verbände während des Wahlkampfes nicht vollendete Tatsachen schufen, sei ihnen als Gegenleistung für den Beitragsverzicht der Ausgleich der entstehenden finanziellen Ausfälle zugesagt worden. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Dagegen kann noch beim Thüringer Oberverwaltungsgericht in Weimar Berufung eingelegt werden.

Nach heftigen Protesten gegen die zum Teil sehr hohen Abgaben waren 2005 die Wassergebühren abgeschafft und die Abwasserbeiträge gekappt worden. Die politische Kehrtwende der Thüringer CDU beim Thema Wasser und Abwasser hat den Freistaat bislang 68,5 Millionen Euro gekostet. Das Geld wurde aus einem eigens gebildeten Fonds an die Zweckverbände gezahlt.